

# TAB-INTERN

## ZWEI JAHRZEHNTE TAB – VIEL LOB FÜR DEN JUBILAR

Der 20. Geburtstag des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) war Anlass einer Festveranstaltung am 29. September 2010 im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages mit mehr als 100 geladenen Gästen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Präsidenten des Deutschen Bundestages, Professor Dr. Norbert Lammert. Er unterstrich die hohe Bedeutung des TAB als wissenschaftliche Beratungseinrichtung für den Bundestag und seine Ausschüsse. Auch in zwei weiteren Redebeiträgen sowie einer Podiumsdiskussion mit Parlamentariern und Wissenschaftlern wurde eine überaus positive Bilanz von 20 Jahren Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag gezogen.

Am nächsten Tag stand zu später Stunde eine Plenardebatte zur parlamentarischen Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag an. Die Vertreter der Fraktionen nahmen dabei nochmals die Gelegenheit wahr, die erfolgreiche Arbeit des TAB im Auftrag des Deutschen Bundestages zu würdigen.

Dass die für das TAB eingesetzten Gelder »eine lohnende Investition« sind, ist im Übrigen das Fazit, das man jetzt in einem aktuellen Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (ABFTA) nachlesen kann (Drs. 17/3010). Das Organisationsmodell der parlamentarischen Technikfolgenabschätzung – so wird konstatiert – ermögliche sowohl eine bedarfs- und adressatenorientierte wie auch eine »unabhängige und ausgewogene wissenschaftliche Politikberatung«. Die Technikfolgenabschätzung sei längst »in der Mitte des Parlaments« angekommen, heißt es weiter. So nehme die Zahl der Anfragen nach wissen-

schaftlicher Beratung aus Ausschüssen und Fraktionen seit Jahren kontinuierlich zu. Der große Bedarf sei mit den jetzigen Strukturen und Mitteln nicht mehr zu decken. Deshalb beabsichtigen die Berichterstatter, sich für eine Erhöhung des »seit fast zwei Jahrzehnten unveränderten Haushaltssatzes« einzusetzen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat in einem Antrag (»Technikfolgenabschätzung im Bundestag und in der Gesellschaft stärken«) gefordert, der Bundestag möge die Mittel für das TAB »angemessen« aufstocken. Weitergehend sollen Technikfolgenabschätzung und unabhängige Begleitforschung als feste Bestandteile der öffentlichen Forschung ausgebaut werden (Drs. 17/3063). Auch die Fraktion der SPD unterstreicht in einem Antrag (»20 Jahre Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – ein gelungenes Beispiel und internationales Modell für den Austausch von Wissenschaft und Politik«) die positiven Folgen der Berichte des TAB und den wachsenden Bedarf an TA. Das TAB sei ein richtungsweisendes Modell für eine parlamentarische Beratungseinrichtung in Informations- und Wissensgesellschaften des 21. Jahrhunderts. Insbesondere soll unter Bezugnahme auf die erfolgreiche Arbeit des TAB ein Ausbau der TA auch im Rahmen der europäischen Kooperation ermöglicht werden und die TA auch im 8. Forschungsrahmenprogramm einen hinreichend großen Raum bekommen (Drs. 17/3414).

Die Veranstaltung zum TAB-Geburts- tag im Paul-Löbe-Haus ist als Video auf der Website des TAB ([www.tab-beim-bundestag.de/de/aktuelles/20101006.html](http://www.tab-beim-bundestag.de/de/aktuelles/20101006.html)) und des Deutschen Bundestages nachvollziehbar. Dort sind auch die »TA-Bilanz« des ABFTA, die Reden der Berichterstatter für TA, sowie die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD abrufbar.

## TAB-PROJEKT »ELEKTRONISCHE PETITIONEN UND MODERNISIERUNG DES PETITIONSWESENS IN EUROPA« STÖSST AUF GROSSES INTERESSE

Nachdem die Hansestadt und das Land Bremen zum Jahresbeginn öffentliche E-Petitionen nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages eingeführt hatten, steht dies nun auch im Bundesland Rheinland-Pfalz auf der Tagesordnung. Auf einer Anhörung des Petitionsausschusses des Landtags in Mainz am 5. Oktober 2010 konnte Ulrich Riehm vom TAB über Ergebnisse aus dem laufenden TA-Projekt »Modernisierung des Petitionswesens in Europa« berichten, wobei insbesondere seine Einschätzung der öffentlichen Petitionen des Deutschen Bundestages interessierte. Zum gleichen Thema wurde Ulrich Riehm zur »Tagung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder mit den Bürgerbeauftragten aus der Bundesrepublik Deutschland und dem deutschsprachigen Raum Europas« am 27. September 2010 nach Schwerin eingeladen. Im Mittelpunkt einer lebhaften Diskussion standen die geringen Zulassungsquoten für öffentliche Petitionen an den Deutschen Bundestag sowie die Erfahrungen mit den Onlineforen zur Diskussion öffentlicher Petitionen. Auch im Süden der Republik wird das Thema debattiert. Die Hanns-Seidel-Stiftung führte in Kooperation mit Mehr Demokratie e.V. am 16. November 2011 in München eine Expertentagung zum Thema »Öffentliche Petitionen und Volksinitiative« durch, zu der der Leiter des TAB-Projekts ebenfalls eingeladen wurde.

## »FORTPFLANZUNGSMEDIZIN« – EIN HOCHAKTUELLES THEMA IM ABFTA

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten zur Präimplantationsdia-

agnostik (PID) in Öffentlichkeit und Politik hatte der ABFTA beschlossen, die Präsentation der Ergebnisse des Endberichts zum TA-Projekt »Fortpflanzungsmedizin – Rahmenbedingungen, wissenschaftlich-technische Entwicklungen und Folgen« am 27. Oktober 2010 im Rahmen einer öffentlichen Ausschusssitzung durchzuführen. An der zweistündigen Veranstaltung nahmen – neben den Ausschussmitgliedern – zahlreiche Interessierte aus den Fraktionen, Ministerien, der Fachöffentlichkeit sowie Medienvertreter teil. Dass der Bericht des TAB zum jetzigen Zeitpunkt und somit »hochaktuell auch vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesgerichtshofes zur Strafbarkeit der PID sowie der jüngst ergangenen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Anwendung der reproduktionsmedizinischen Techniken« – so die Ausschussvorsitzende Ulla Burchardt – präsentiert werden konnte, bezeichneten die Vertreter aller Fraktionen als »Punktlandung«.

Die von Bärbel Hüsing und Christoph Revermann ausführlich vorgetragene Ergebnisse des Projekts führten zu vielen interessierten Fragen der Abgeordneten. Der ABFTA beschloss die Abnahme des Berichts und die Veröffentlichung als Bundestagsdrucksache (Drs. 17/3759). Am 8. November 2010 wurde der Bericht – sowie ergänzende Rechercheergebnisse zum Themenfeld »PID« – auch in einer eigens anberaumten Sitzung der AG »Biotechnologie und Bioethik« der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an der etwa 25 Abgeordnete und Fraktionsangestellte teilnahmen, vorgestellt und diskutiert. Weitere Diskussionsrunden in anderen Ausschüssen und auch Fraktionen werden folgen. Vermutlich im Januar 2011 wird der Bericht auch als TAB-Arbeitsbericht Nr. 139 in gedruckter Version vorliegen.

## TAB-BERICHTE IM BUNDESTAG

Die TAB-Arbeitsberichte Nr. 98 »Reduzierung der Flächeninanspruchnahme – Ziele, Maßnahmen, Wirkungen« und Nr. 131 »Ubiquitäres Computing« wurden im Juni 2010 abschließend beraten und zur Kenntnis genommen. Der Bericht Nr. 133 »Blockaden bei der Etablierung neuer Schlüsseltechnologien« ist als Bundestagsdrucksache Nr. 17/2000 erschienen. Ohne Präsentation abgenommen wurden im Juni 2010 die TAB-Berichte Nr. 134 »Medizintechnische Innovationen – Herausforderungen für die Forschungs-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik« und Nr. 135 »Stand und Bedingungen klinischer Forschung in Deutschland und im Vergleich zu anderen Ländern unter besonderer Berücksichtigung nichtkommerzieller Studien« sowie im November 2010 der TAB-Arbeitsbericht Nr. 136 »Chancen und Herausforderungen neuer Energiepflanzen«. Alle drei Berichte werden als Bundestagsdrucksache veröffentlicht und in die Ausschussberatungen eingehen.

## NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN

### MEDIZINTECHNISCHE INNOVATIONEN – HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE FORSCHUNGS-, GESUNDHEITS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Medizintechnikbranche zeichnet sich durch ausgeprägte Innovationskraft, hohe Wissensintensität und gesellschaftliche Relevanz aufgrund ihrer Beiträge zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung aus. Sie gilt in Deutschland als Zukunftsbranche, ist in vielen Bereichen international herausragend und nimmt neben den USA und Japan einen führenden Platz auf dem Weltmarkt ein. Trotz dieser günstigen Ausgangsposition steht die Branche vor einer Reihe von Herausforderungen, die sich aus größerem internationalem Wettbewerb, Interna-

tionalisierung der Produktions- und Vertriebsstrukturen und sich verändernden Bedingungen im Gesundheitswesen ergeben.

Ziel des im Auftrag des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung durchgeführten Politikbenchmarks war es, Anforderungen an die Forschungspolitik aus gesundheits- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Strategien abzuleiten und Mechanismen, Prozeduren und Instrumente zu identifizieren, mit denen mögliche Zielkonflikte aufgelöst und Synergien ausgenutzt werden könnten. Der jetzt verfügbare TAB-Arbeitsbericht stellt als zwei Good-Practice-Beispiele die Situation in Großbritannien und in der Schweiz vor, die für erfolgreiche Medizintechnik und deren Förderung bekannt sind, und prüft, inwieweit eine Übertragbarkeit auf die Verhältnisse in Deutschland möglich ist. Aufbauend auf diesen Analysen werden aus forschungspolitischer Sicht Handlungsoptionen für eine erfolgreiche Innovationspolitik in der Medizintechnik in Deutschland entwickelt. Diese sind zugeschnitten auf Forschungsförderung und Innovationspolitik, auf die Thematik der Marktzulassung sowie die Möglichkeiten, kleine und mittelständische Unternehmen in ihrer Kooperationsfähigkeit zu stärken.

Das Druckexemplar des TAB-Arbeitsberichts Nr. 134 kann beim TAB-Sekretariat angefordert werden. In Kürze wird der Bericht als PDF-Datei unter [www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab134.pdf](http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab134.pdf) abrufbar sein.